

# Sonnige Aussichten für Stromberg

**NACHTRAGSHAUSHALT** Stadt rechnet mit Mehreinnahmen bei Gewerbesteuer in Höhe von 300 000 Euro

Von  
Benjamin Hilger

**STROMBERG.** In ungewohnter Harmonie hat der Stadtrat einen Nachtragshaushalt für 2012 beschlossen. Eine Verbesserung der finanziellen Situation brachte die gute Stimmung mit sich. Mit Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von 300 000 Euro rechnet die Stadt derzeit. Bürgermeisterin Klarin Hering bemerkte, davon blieben 240 000 Euro in der Stadt und sorgten dafür, dass der Haushalt eine schwarze Zahl im Saldo ausgeben könnte. Ging man zum Haushaltsbeschluss im Mai noch von einem dicken Minus über 237 000 Euro im Ergebnis-

haushalt aus, rechnet man nun mit einem leichten Überschuss von etwa 3000 Euro. „Es sieht insgesamt positiv aus, wir haben die Krise hoffentlich bald überwunden“, so Hering.

## Geld für Vereinsförderung?

Marlis Klauer (WGS) bemerkte, sie freue sich, dass der Haushalt jetzt besser aussähe als oft dargestellt. Bernhard Treulieb (CDU) sagte, die Restriktionen der Kommunalaufsicht in Richtung Stadt seien mit diesem Ergebnis beim ersten Haushaltsbeschluss nie aufgekommen. Man solle darüber nachdenken, die Zahlen künftig positiver auszuweisen, als dies zuletzt getan

wurde. Treulieb warb dafür, dieses positive Signal weiterzugeben und die Vereinsförderung wieder aufzunehmen. Hering erinnerte, es sei damals allen schwer gefallen die Förderung zu streichen. Diese Idee würde in der Haushaltsplanung für die kommenden Jahre mit aufgenommen. Man müsse dennoch abwarten, wie die Situation der Stadt tatsächlich aussieht, mahnte Gerhard Keuser (SPD). Erst nach der Vorlage der Eröffnungsbilanzen habe man Klarheit. „Es ist ein Sonnenstrahl, aber ob die ganze Sonne tatsächlich dauerhaft bleibt, ist abzuwarten.“

Optimistischer äußerte sich Achim Schöffel (CDU). Die Ge-

## HAUSHALT

### ► Ergebnishaushalt

Erträge: 5 134 690 Euro

Aufwendungen: 5 131 505 Euro

Jahresüberschuss: 3185 Euro

### ► Finanzhaushalt

Ordentliche Einzahlungen:  
4870503 Euro

Ordentliche Auszahlungen:  
4613115 Euro

Saldo: 25 388 Euro

werbsteuer sei nun wieder auf dem Niveau der Vorjahre. Wenn sich dies so fortsetze, bli-

cke man auf ganz andere Voraussetzungen, um kommunalpolitisch gestalten zu können.

Das Gremium beschloss, rund 14 000 Euro für die Planung der Baumaßnahme im Schneckenmüllerweg einzustellen. Diese sollte mangels Zuschussmöglichkeiten im Rahmen der Stadtsanierung ursprünglich noch nicht durchgeführt werden. Nachdem nun aber Gelder aus den Ausgleichszahlungen der Anlieger als Zuschüsse genutzt werden können, soll der Ausbau nach dem Winter beginnen. Insgesamt wird der Ausbau voraussichtlich rund 314 000 Euro kosten. 138 600 Euro werden durch die Ausgleichsbeiträge mitfinanziert.

# Kritik am Umgang mit Geld

**STADTRAT** Stromberger Ratsmitglieder bemängeln, dass höhere Gewerbesteuereinnahmen verschwiegen wurden

Von  
Benjamin Hilger

**STROMBERG.** Wie bereits berichtet, beschloss der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung einen Nachtragshaushalt. Wenn auch die Freude über den unerwartet warmen Geldregen aus der Gewerbesteuer in diesem Haushaltsjahr bei weitem überwog, wurde dennoch Kritik in Richtung der Verbandsgemeindeverwaltung laut.

Dabei bemängelte Achim Schöffel (CDU), dass erst jetzt von der Verwaltung die Nachricht der höheren erwarteten Gewerbesteuer vorgelegt wurde. Man habe mit diesen Einnahmen ganz andere Grundlagen. „Wir haben in den ersten zehn Monaten in einer anderen Erwartungshaltung gewirtschaftet.“ Mit diesen Zahlen hätte die Vereinsförderung schon 2012

wieder aufgenommen werden können. Schöffel kritisierte zudem, dass nach wie vor seitens der Verwaltung die Eröffnungsbilanz für 2009 und die Ergebnisse der Folgejahre nicht vorlägen. Ein verantwortungsvolles finanzielles Handeln sei so gar nicht möglich.

Unterstrichen wurde dies von Dr. Hans-Martin Huber-Ditzel (WGS). Wenn man auch Licht am Ende des Tunnels sehe, wisse man mangels Bilanzen nicht, wo die Stadt tatsächlich stehe.

## Erneuerbare Energien

Um dem eigenen schlechten Gewissen, nicht aktiv an der Energiewende mitzuwirken, zu begegnen, brachte Stadtbürgermeisterin Klarin Hering die Idee in den Stadtrat, ein Entwicklungskonzept zur Nutzung erneuerbarer Energien in

Stromberg anzustreben. „Wir haben in dieser Richtung bisher noch gar nichts“, sagte die Stadtbürgermeisterin. Stromberg müsse sich in Zukunft mit dieser Thematik intensiv beschäftigen. Als Beispiel einer möglichen Umsetzung nannte Hering etwa die Einrichtung einer Biogasanlage. Es handle sich dabei nur um eine erste Idee, ohne nähere Voraussetzungen oder die Realisierbarkeit zu kennen. Für die kommenden beiden Jahre warb die Stadtbürgermeisterin darum, jeweils 5000 Euro vorsorglich für Beratungskosten durch Fachstellen im Haushalt einzustellen. Speziell mit Blick auf eine Biogasanlage gab Dr. Hans-Martin Huber-Ditzel (WGS) zu bedenken, dass die vorhandenen Ressourcen hier bei weitem nicht ausreichen würden. Auch wenn die Idee si-

cher gut sei, sehe er aus eigener Erfahrung dafür nur sehr geringe Realisierungschancen.

## Kleine Wasserkraftwerke

Peter Reith (WGS) ergänzte, man solle dieses zeitgemäße Thema in viele Richtungen weiterdenken. Exemplarisch nannte Reith kleinere Wasserkraftwerke, die bereits mit wenig Wasserzulauf Energie produzieren können. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Keuser bekräftigte, man müsse sich insgesamt auf den Weg zu einer regenerativen Energiegewinnung machen. Unter Umständen könne dies auch zu einem Thema der Verbandsgemeinde ausgeweitet werden, erklärte Bernhard Treulieb (CDU). Bevor der Rat über die Mittel im Haushalt beschließt, wird die Stadtbürgermeisterin sich mit

Fachstellen in Verbindung setzen, um Möglichkeiten der Umsetzung und Beratung auszuloten.

Trotz des guten Vorsatzes, selbst regenerative Energien generieren zu können, beschloss der Rat mit der CDU-Mehrheit eine negative Stellungnahme zum Flächennutzungsplanentwurf der Verbandsgemeinde Rhein-Nahe. Darin behandelt wird eine Fläche für Windenergieanlagen im Grenzgebiet zu den Gemeinden Warmsroth und Daxweiler auf der Gemarkung Waldalgesheims. Man spreche sich als CDU keineswegs gegen Windkraft aus, aber gegen die vorgesehenen Aufstellflächen unmittelbar an den Gemarkungsgrenzen. Zuvor scheiterte ein Antrag der SPD, eine positive Stellungnahme in Richtung der benachbarten Verbandsgemeinde abzugeben.